

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Rottbuserdamm 23 I.

Inserate
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellensuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf.; Berammlungsanzeigen zc. 10 Pf. Privatangelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 37.

Berlin, den 11. September 1909.

25. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um die ausgeschriebene Stellung als Agitationsleiter für Berlin und die Gaue 1-4 haben sich sechs Kollegen beworben und ist durch übereinstimmenden Beschluß des Verbandsvorstandes und Ausschusses der Kollege Richard Würzberger in Berlin für das benannte Amt gewählt worden.

Kollege Würzberger wird die Stellung Anfang Oktober antreten.

2. Durch Krankheit ist der Kollege Karl Michaelis zeitweilig verhindert, die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ zu führen. Mit seiner Vertretung hat der Verbandsvorstand in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß den Kollegen Stefan Geise, bisher Redakteur an der „Freien Presse“ in Elberfeld, betraut, der die Redaktion von nächster Nummer ab führen wird.

3. Den Kollegen Albin Rippoldt aus Eutritzsch bei Leipzig, B.-Nr. 74 754, ersuchen wir anlässlich mißbräuchlicher Benutzung des ihm gestohlenen Mitgliedsbuches um sofortige Angabe seiner Adresse. Gleichzeitig ersuchen wir um Einsendung des ihm am 12. v. M. hier ausgetheilten Erfassbuches zum Zwecke der Berichtigung.

Die örtlichen Funktionäre wollen zutreffendenfalls auf diese Aufforderung hinweisen und auf deren Erfüllung dringen.

4. Mitglieder, welche im Laufe der kommenden Wochen vom Militärdienst entlassen werden, wolle man darauf aufmerksam machen, daß sie in ihre alten Rechte wieder eintreten können, wenn sie sich vor ihrem Eintritt zum Militär durch Einsendung des Verbandsbuches abgemeldet haben und sich nach der Entlassung sofort wieder beim Unterzeichneten anmelden.

Die betreffenden Mitglieder sind zu veranlassen, bei der Anmeldung sofort die Erklärung abzugeben, in welcher Beitragsklasse sie steuern wollen.

5. Diejenigen Mitglieder, welche im Herbst dieses Jahres zum Militärdienst einberufen werden, sind verpflichtet, sich nicht nur bei der Stelle abzumelden, wohin sie ihre Beiträge abgeführt haben, sondern sie müssen ihr Mitgliedsbuch an den Verbandsvorstand zur Abmeldung und Aufbewahrung einsenden.

Der Verbandsvorstand.

Aus dem Fachgewerbe.

Der 30. Verbandstag des Bundes deutscher Buchbinderinnungen. — Die Hauptversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes für das Buchbinder-gewerbe. — Durch die Innungsverbände geförderte Konkurrenz der Buchdruckereien gegen die Buchbindermeister. — Weitere Unternehmertagungen. — Abgewehrte Einschränkung der Lehrlingsausbeutung. — Die Gründung eines weiteren Unternehmervorstandes. — Die englische Kartonnagen-industrie und die Trade Boards Bill. — Zusammenschluß der Papierverkartenfabrikanten. — Die Lage der Papierindustrie. — Der neue amerikanische Zolltarif. — Kündigung des japanischen Handelsvertrags in Sicht. — Riesengewinne für die Unternehmer und Arbeiter für die Arbeiter.

Kapitalkonzentration und Meitegeier. — Graf Zeppelin als Förderer des Buchgewerbes und der Ansichtskartenindustrie.

Der Bund deutscher Buchbinderinnungen hielt vom 24. bis 27. Juli in Würzburg seinen 30. Verbandstag ab. Es war dies der erste, der nach dem Anschluß der süddeutschen Buchbinderverbände stattfand. Diese Verbrüderung von Nord und Süd wurde natürlich in überschwinglichen Reden ganz besonders gefeiert, brachte sie doch dem Bunde einen Zuwachs von rund 1300 Mitgliedern. Ihnen gesellten sich noch die Vereinigung der Mark Brandenburg und der inzwischen gegründete Landesverband Sachsens hinzu. Dadurch stieg die Mitgliederzahl des Bundes von 2927 auf 4159. An Einnahmen hatte der Bund einschließlich des Bestandes des Vorjahres, der 1675,88 Mk. betrug, 4106,11 Mk. gehabt, dem steht eine Ausgabe von 1977,83 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 2128,28 Mk. vorhanden ist. Ueber die übrige Tätigkeit des Bundesvorstandes weiß die Fachpresse nur mitzutheilen, daß eine größere Zahl von Eingaben an Behörden usw. gemacht wurden, die auf die Beilegung des Handels der Schulangehörigen und eine Einschränkung der Gefängnisarbeit abzielten, deren Erfolg aber nur zum Teil befriedigte. Zu dem verlesenen Geschäftsbericht wurde auch den seelenverwandten preussischen Landtagsabgeordneten Felsch und Malteviß besonderer Dank abgestattet für ihr Eintreten für die Sache des Buchbinder-gewerbes — gemeint sind natürlich nur die Unternehmervorteile in Gewerbe — im preussischen Landtag. Auch die Berichte der Bevollmächtigten der Unterverbände enthielten nichts Wesentliches, während man in Süddeutschland mit dem Verhalten der Behörden zufrieden war, wurde über mangelndes Entgegenkommen der preussischen und auch der bayerischen Behörden geklagt, weil den Innungswünschen nicht im gewünschten Maße von ihnen Rechnung getragen wurde.

Das Bundesorgan, die „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“, — früher Halbmonatschrift, jetzt aber Wochenzeitung — wird, wie der Schriftleiter, Obermeister Urnack-Dresden, mitteilte, vom Verleger ausgefallen, da die Einnahmen des Blattes noch zu gering sind und der Bund Mittel hierfür nicht übrig hat. Infolge dieser Abhängigkeit des Blattes blieben, aber auch Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verlage und der Schriftleitung nicht aus, die schließlich den Schriftleiter in Bekanntheit mit dem Gerichte brachte.

Die wichtigste Frage, mit der sich der Verbandstag beschäftigte, die auch für uns von etwas weitergehendem Interesse ist, war die Schaffung eines Bundestarifs und dessen Einführung bzw. Anerkennung bei den Behörden. Der vom Vorstandsvorsitzende Kallmann-Würzburg im Auftrag des Vorstandes ausgearbeitete Tarifentwurf wurde angenommen und seine Drucklegung beschlossen. Die in ihm festgelegten Preise wurden als „Mindestpreise für Buchbinderarbeiten im Deutschen Reich“ anerkannt. Den Behörden wird der Tarif unentgeltlich zugesandt werden. Seine Geltungsdauer wurde bis zum 33. Verbandstage, also auf drei Jahre, festgelegt, was aber nicht hindert, daß die vom Vorstand zu schaffende aus drei Meistern bestehende Tarifstelle im Laufe dieser Zeit Veränderungen vornehmen kann, die im

Bundesorgan bekanntgegeben werden sollen. Wie die Tätigkeit des Tarifamts gedacht ist, das sprach der Verfasser des Tarifs mit folgenden Worten aus: „Ich weiß, liebe Meister, daß die Kritik einsehen wird. Ich weiß und ich wünsche es, daß alle Fehler des Tarifs, an dem soviel Kräfte mitwirkten, aufgedeckt und zu verbessern gesucht werden. Es wird sich herausstellen, daß hier 25 Gramm Leim, dort vier Quadratcentimeter Leimwand, wo anders drei Kubikmillimeter Pappdeckel nicht mit berechnet wurden. Nur fest zugegriffen und diese Sachen dem Tarifamt, das ja nach dem Leitfaden des Bundesvorstandes gebildet werden wird, mitgeteilt!“ Diese so treffliche Illustration der Tätigkeit eines Tarifamtes nach dem Meisterherzen würde sicherlich nur verwischt werden, wollten wir noch Worte dazu machen. Ebenso offenherzig und ehrlich waren auch die Schlussansprechungen des Herrn Kallmann, die auch wir ohne weiteres unterschreiben. Sie gipfelten in den Worten, die lebhaften Beifall fanden: „Das ist der Zweck meiner Arbeit, und ich will hoffen, daß sie gereicht, nicht, wie es immer phrasenhaft heißt, zum Wohle unseres Buchbinder-gewerbes usw., sondern daß sie gereicht zum Wohle unseres Geldheutels.“ An sich ist es ja eine altbekannte Tatsache, daß diesen Herren ihr Geldbeutel über alles geht, dem sie das Wohl ihrer Arbeiter, die auch einen Faktor im Gewerbe bilden, gerne opfern.

Daraus erklärt sich auch ihre Feindschaft gegen das im Gewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Tarifverhältnis, das die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter regelt. Am zwischen die Tagungen des Verbandstages fallenden Sonntag hielt der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Buchbinder-gewerbe, das ist die andere Firma des Bundes deutscher Buchbinderinnungen, unter der die gegen die Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen verfolgt werden, seine zweite Hauptversammlung ab. Ueber diese Veranstaltung kommt aus den genugsam bekannten Gründen nicht allzuviel an die Öffentlichkeit. Wie die Fachpresse berichtet, wurde einem Vorstandsantrag, der den Arbeitswilligen einen erhöhten Schutz sichern will, zugestimmt, während über einen vom Bezirksverband Hamburg gestellten Antrag, der die Beitragshöhe nach der Jahreslohnsumme berechnet wissen will, eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Auf's neue ist also dem Tarifgedanken der Krieg erklärt worden.

Um so naiver sind die Klagen der Herren über die unerträgliche Konkurrenz der Buchdruckereien, wie wir sie in einer Denkschrift der Mannheimer Innung finden. Nicht weniger als 52 Buchbindergehilfen sollen die 20 Mannheimer Alzidenzdruckereien beschäftigen, während von den 47 Buchdruckereien 35 ohne Gehilfen und die übrigen 12 mit nur 28 Gehilfen arbeiten. Die Denkschrift erblickt eine dem Buchbinder-gewerbe drohende Gefahr darin, wenn die Ausbeutung der Arbeiter nicht unter sachmännischer Leitung vor sich geht. Auch über das eigenmächtige Handeln der Buchdruckereibesitzer bei den Tarifverhandlungen mit den Gehilfen erobert man sich nicht wenig, man kann es denen nicht vergessen, daß sie sich zu einem ehrlichen Friedensschluß mit den Gehilfen bereitgefunden und damit den Sachmännern in den Innungskreisen die Ausbeutungsmöglichkeit be-

beschränkt haben. Daß man mit dieser Zeitschrift irgendwo welchen Eindruck machen wird, glaubt man jedenfalls selber nicht. Deshalb wählte der Verband hiesiger Buchbindermeister eine Kommission, die sich bei in der Zeitschrift vorgetragene Wünsche annehmen soll.

Neben dem Verbandstag des Innungsbundes fanden auch noch Tagungen einer Reihe von Unterverbänden statt. So tagten der Verein von Rheinland und Westfalen am 28. Juni in Düsseldorf, der Verband Hessens vom 17. bis 19. Juli in Mainz, der württembergische vom 2. bis 3. August in Ulm a. D., der thüringische vom 7. bis 9. August in Eisenach, der Badens in der gleichen Zeit in Rastatt, der oberpfälzische am 22. August in Regensburg und der bayerische vom 21. bis 23. August in Bayreuth. Wir sehen also, wie eifrig unser Unternehmertum seine Interessen verfolgt. Schwierig werden auf diesen Tagungen Fragen erörtert und erledigt werden, die nicht ausschließlich ihnen von Nutzen sind. Das sehen wir z. B. am bayerischen Verbandstag, auf dem Herr Schindler-Regensburg den Antrag stellte, im ganzen Bezirk die Lehrzeit im Verufe auf $3\frac{1}{2}$ Jahre festzusetzen. Welche Beweggründe Herr Schindler hierbei leitete, ob das Wohl der Lehrlinge oder vielmehr die fürhlabare Konkurrenz manches Lehrlingsausbilders, ist aus den Berichten der Fachpresse nicht zu entnehmen. Genug, ein diesbezüglicher Beschluß, der zweifellos eine soziale Tat gewesen wäre, wurde bezeichnenderweise mit dem Hinweis auf die beständig weiter vor sich gehende Verkürzung der Arbeitszeit und den auch teilweise obligatorischen Fortbildungsschulunterricht verhindert. Die beständig fortschreitende technische und maschinelle Entwicklung unseres Berufes, die eine Verkürzung der Lehrzeit ohne weiteres rechtfertigt, weil sie eine schnellere fachtechnische Ausbildung des beruflichen Nachwuchses ermöglicht, fand selbstverständlich keinerlei Beachtung. Ja, die Ausbeutungsgier der Herren empfindet den obligatorischen Fortbildungsschulzwang als lästiges Beiwerk der Lehrlingsausbildung. Was schert sie auch die körperliche, geistige und fachtechnische Weiterbildung der jungen Leute, wenn durch sie das vermeintlich alleinige Anrecht auf Ausbeutung dieser Arbeitskräfte geschmälert wird.

Am 23. Juni fand in Grimma i. S. eine Delegiertenversammlung statt, die die Gründung eines Unterverbandes der Buchbindermeister Sachsens beschloß. Die Gründungsversammlung selbst tagte am 14. Juli in Chemnitz. 16 Innungen sollen dem Verbands sofort beigetreten sein. Als Sitz desselben wurde Dresden bestimmt. So vollzieht sich unauffällig der Zusammenschluß der Unternehmer. Mögen sich unsere Kollegen hier ein Beispiel nehmen.

Auch das englische Unternehmertum unseres Berufes ist an der Arbeit. Die „Kartonnagen-Zeitung“ schreibt darüber, nachdem sie die Tatfache berichtet, daß das englische Kartonnagengeschäft jetzt einen allgemeinen Aufschwung genommen hat: „Weider ist die Lage der Fabrikanten noch immer eine nichts weniger als sorgenfreie, denn ganz abgesehen von der heftigen Konkurrenz und dementsprechender Preisschleuderei hängt über der gesamten Industrie noch eine sehr schwarze Gewitterwolke, die nicht geringe Besorgnisse verursacht. Es ist dies die Gesetzesvorlage zur Festsetzung eines Mindestlohnes, die sogenannte „Trade Boards Bill“, die in ihrer gegenwärtigen Fassung für zahlreiche Betriebe geradezu verhängnisvoll ist, und falls sie in derselben zum Gesetz werden sollte, das Schließen vieler Fabriken und Arbeitsstätten zur Folge haben würde. Man hofft indes die drohende Gefahr durch Agitation abzuwenden oder zum mindesten mildern zu können, immerhin ist man sich ihrer aber völlig bewußt, was die pessimistische Stimmung erklärt, die trotz des besseren Geschäftsganges unerkennbar ist.“

Wie schlimm muß es doch um die wirtschaftliche Lage unserer englischen Kollegen und Kolleginnen bestellt sein, wenn die Bezahlung ihrer Arbeit eine so niedrige ist, daß sie in „vielen Fabriken und Arbeitsstätten“ nicht einmal die Mindestsätze erreicht, die jetzt gesetzlich festgelegt werden sollen, denn er-

fahrungsgehör kommt ja in allen Ländern die Gesetzgebung immer dann, wenn sie den Arbeitern einen der fortschreitenden industriellen Entwicklung entsprechenden Schutz vor übermäßiger Ausbeutung gewähren soll, hinter den Erfolgen praktischer Selbsthilfe der Arbeiterschaft hinterhergehinkt. Um so dringender muß die Gesetzgebung der „Trade Boards Bill“ gerade von der Arbeiterschaft der englischen Kartonnagenindustrie gefordert werden. Gerade jetzt, wo diese Industrie erneut einer allgemeinen Prosperität entgegengeht, ist just die rechte Zeit, den Arbeitern einen erhöhten Anteil an dem Ertrage der von ihnen erzeugten Waren zu sichern.

In Leipzig ist eine Konvention der Bromsilberkartonfabrikanten bis Ende 1909 geschlossen worden. Teilnehmer sind die Firmen Aristophot, Leipzig, Berlin-Neuroder Kunstankalten, Berlin, Neue Photographische Gesellschaft, Steglitz, Photographica, Charlottenburg, Rotophot, Berlin, E. A. Schwertfeger u. Co., Berlin. Dem Verbands stehen demnach nur noch wenige Firmen von geringerer Bedeutung fern. Es ist wahrscheinlich, daß der Großistenverband beschließen wird, nur von Verbandsfirmen zu kaufen.

Ueber die Wirkung der letzten Handelsverträge wird auch im Jahresbericht des Papierindustrievereins geklagt. Wenn nun auch manche industrielle Kreise sich angewöhnt haben, bei jeder Gelegenheit über zu große Benachteiligung zu klagen, so muß man doch im vorliegenden Falle die Klagen bis zu einem gewissen Grade als berechtigt anerkennen. Zwei bedenkliche Erscheinungen erweisen deutlich die schlechte Lage des Gewerbes. Während der inländische Verbrauch geringer geworden ist, ist gleichzeitig auch die Ausfuhr zurückgegangen. Insbesondere ist dies bei den Ländern der Fall gewesen, mit denen Deutschland im Handelsvertragsverhältnis steht. Man hat damals keine Ermäßigung der ausländischen Zölle auf die deutschen Industrieerzeugnisse durchsetzen können; der Schaden, der die deutsche Papierindustrie trifft, ist sonach ein doppelter: einmal geht der Export aus Deutschland zurück, und zweitens wird die ausländische Industrie durch den erhöhten Zollschutz gestärkt und wettbewerbsfähiger auf dem Weltmarkt.

Eine günstigere Gestaltung der Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist, nachdem der neue amerikanische Zolltarif am 6. August in Kraft getreten ist, schwerlich zu erwarten. Mit ihm sind die schlimmsten Befürchtungen, die hinsichtlich der Tarifrevision gehegt werden mußten, leider in Erfüllung gegangen, teilweise sogar noch übertrieben worden. Geradezu enorm sind die Zollsätze, die für die Erzeugnisse der papierverarbeitenden Industrie und des Druckgewerbes festgelegt sind. Die von der amerikanischen Regierung bereits am 30. April dieses Jahres in Aussicht gestellte Minderung des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens vom 2. Mai 1907 ist am 7. August erfolgt. Es tritt demgemäß mit dem 6. Februar 1910 außer Kraft. Unter den Bestimmungen, die bis dahin in Geltung blieben, befanden sich nur ganz wenige und unbedeutende Zollzugeständnisse, so daß das Inkrafttreten der neuen Zölle auf die Erzeugnisse der Papierwarenindustrie durch das noch geltende Abkommen auch gegenüber Deutschland nicht aufgehalten wird. Nach den Bestimmungen der neuen Tarif-Bill gelten die neuen Zollsätze als Minimalsätze, und als solche bleiben sie nur bis zum 31. März 1910 in Kraft. Von da ab tritt ein Aufschlag von 25 Proz. gegenüber allen denjenigen Ländern ein, die nicht bis dahin mit Amerika ein Abkommen getroffen haben, indem sie sich verpflichten, ihre niedrigeren Tarife gegenüber den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Amerika zur Anwendung zu bringen. Der Abschluß eines neuen deutsch-amerikanischen Abkommens wird also auf sehr bedeutende Schwierigkeiten stoßen.

Auch Japan beabsichtigt nach einer Zeitungsmeldung nach Abschluß seiner Zolltarifrevision die mit dem Auslande abgeschlossenen Handelsverträge zu kündigen und dann nur noch Gegenseitigkeitsverträge ohne Weistbegünstigung abzuschließen. Auch hierbei ist zweifellos mit einer wesentlichen Zollerhöhung der japanischen Einfuhrzölle zu rechnen.

Trotz der allgemein ungunstigen Lage im Gewerbe werfen unsere Industrien noch ganz annehmbare Profite für die Unternehmer ab. Die Firma W. Hageberg, Aktiengesellschaft, Luxuspapierfabrik in Berlin, hat einen Reingewinn von 218 771 Mark erzielt. An die Aktionäre sollen 6 Proz. Dividende verteilt werden; im Vorjahre wurden 7½ Proz. über sie ausgeschüttet. Die Verneinungen müssen also eine Reduktion von 25 Proz. hinnehmen. Ertragsreicher war schon das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr der Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie in Dresden. Dieses Unternehmen hat von Wirkungen der wirtschaftlichen Krise nicht nur nichts zu spüren bekommen, sondern es hat sich sogar gesund weiterentwickelt. Es beschäftigt im Berichtsjahre durchschnittlich 2067 Arbeiter und 179 Beamte, die ihm einen reinen Betriebsüberschuss von rund einer Million Mark erarbeitet haben. In Wirklichkeit ist das aus der Ware Arbeitskraft herausgeschundene Kapital bedeutend größer, denn die Anlagewerte haben sich fast durchweg erhöht; so durch die neue Dampfmaschine in Dresden und die eigene Krafanlage für das Zweigunternehmen, die Maschinenfabrik in Weissen. Neue Arbeitsmaschinen wurden in der Zweigniederlassung in Berlin aufgestellt. Und trotz dieser Betriebsverweiterungen konnten noch von der Bankschuld 250 000 Mk. zurückgezahlt werden. Außerdem hat der durch das Schadenfeuer vom 28. Juni 1907 notwendig gewordene Wiederaufbau der zerstörten Anlage in Dresden, bei der umfangreiche Erneuerungen und Ergänzungen vorgenommen wurden, einen Mehraufwand an Kosten gegenüber der Versicherungssumme um annähernd 30 000 Mk. verursacht, der auf den Betrieb verrechnet worden ist.

Vom Betriebsüberschuss sind 50 000 Mk. der Materialreserve zugewiesen worden, die nunmehr 300 000 Mk. beträgt. Nachdem noch 203 000 Mk. für Abschreibungen und 100 000 Mk. für Rückstellung auf Dividendenreserve abgerechnet wurden, verblieben rund 590 000 Mk. Gewinn. Auch dessen Verteilung ist interessant. Der Reservefonds erhält davon 29 500 Mk., die vertragsmäßigen Gewinnanteile an Vorstand, Direktoren der Filialen sowie der Prokuristen und die Belohnungen an Beamte betragen 111 000 Mk. und die Rente des Aufsichtsrats 30 400 Mk. Einschließlich von 10 500 Mark-Gewinnbeitrag aus dem Vorjahre bleiben der Generalversammlung der Aktionäre 429 500 Mk. zur Verfügung. Daraus sollen 9 Proz. Dividende auf das 234 000 Mk. betragende Aktienkapital und je 50 Mk. Gewinnanteil auf Gewerkschaften Serie A und B 160 000 Mk. verteilt werden. Dem König Friedrich August-Fonds sollen 10 000 Mark und dem Beamtenunterstützungsfonds ebenfalls 10 000 Mk. zugewiesen werden. Nur die Arbeiter gehen also leer aus, denn die dem König Friedrich-August-Fonds überwiesene Summe kann man schwerlich als den Arbeitern zugewendet betrachten; hat doch die letzte Generalversammlung auf Antrag hin genehmigt, daß das Verfügungsrecht über die gesamten Mittel dieser Wohlfahrts-Einrichtungen auf die Dauer ihres Bestehens ausschließlich den Verwaltungsorganen der Gesellschaft zusteht. Nicht den Arbeitern, sondern der Gesellschaft stehen sie also zur Verfügung, damit diese nach außen hin mit ihren „Wohlfahrts“-Einrichtungen und den in diesen aufgespeicherten Fonds als „sozialer Wohltäter“ prunken kann. Eine Arbeitervertretung, die über die den Arbeitern zuzuwendenden Unterstützungen mit zu entscheiden hat, kennt die Gesellschaft nicht. Ihr bleibt es überlassen, ob und wann sie diesem oder jenem Arbeiter ein Almosen geben will. „Mit Errichtung und weiterer Vorrückung dieses Fonds erfüllen wir die soziale Aufgabe, bewährten und verdienstvollen Angehörigen unserer Gesellschaft in Bedarfsfällen über die gesetzlichen Vorschriften hinaus vorübergehend Unterstützungen zu gewähren“, sagt die Gesellschaft in ihrem Geschäftsbericht. Uns deutet, nach den vorliegenden Rechnungsergebnissen dürfte sich die gesamte Arbeiterschaft der Gesellschaft sehr gut bewahrt und wirklich verdienstvoll erwiesen haben.

Erliege Unternehmungen zogen neue Kapitalien heran. So wurde die Geschäftsbüchereiabfabrik Wolf Zumpic in Berlin, die bereits in Liquidation getreten war,

in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 60 000 Mk. Die Firma Georg Roszak, ebenfalls in Berlin, wurde, da Herr Kaufmann Theodor Hoppe als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten ist, in Roszak u. Hoppe umgewandelt. Die Neue Photographische Gesellschaft, Aktiengesellschaft, in Steglitz bei Berlin, beschäftigt einer auf den 28. September 1909 einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Ausgabe von 500 000 Mark Obligationen vorzuschlagen.

Ueber die „Bürgerlich rechtliche Gesellschaft Bruno Böhme“, Buchbinderei, Kartonnagen, Press- und Prägeanstalten sowie Stanzerie in Dresden ist Konkurs eröffnet worden. Desgleichen über das Vermögen der Firma Gebr. Sinapiar u. Pfennig, G. m. b. H., in Rottbus. Letztere fertigte hauptsächlich Noten, Leder- und Galanteriewaren an und beschäftigte bis kurz vor dem Zusammenbruch 30 bis 35 Personen.

Besonders dankbar muß das deutsche Büchergewerbe noch dem Grafen Zeppelin, dem kühnen Eroberer der Lüfte, sein. Wie die Fachpresse zu berichten weiß, ist kürzlich berechnet worden, daß durch ihn die Verleger, Buchhandlungen und Ansichtskartenrunder das beste Geschäft gemacht haben von 60 Industriezweigen, denen noch sonst das Verdienst des Grafen direkt oder indirekt Verdienst gebracht hat. Zuerst erschienen nur wenige Bücher über Zeppelin aus der Feder von Autoritäten auf dem Gebiete der Luftschifffahrt, heute befinden sich bereits zahlreiche solcher Werke, auch von Laien verfaßt, auf dem Büchermarkt. Ähnlich liegt es für die Ansichtskartenindustrie, die schwere Zeiten durchgemacht hat und noch durchmacht. Die Auflagen der Zeppelinfarben sind zum Teil sehr hohe gewesen. So sind z. B. allein von den Karten, welche den bei Schlierdingen vernichteten ersten Ballon zeigten, eine Million Stück verkauft worden. Daß sich die Druckindustrie die Zeppelinfarbe der Reichshauptstadt nicht entgehen ließ, ist erklärlich. Der Verkauf von Ansichtskarten in diesen Tagen soll tatsächlich eine kaum dagewesene Höhe erreicht haben.

Internationales.

Der Massenstreik in Schweden. Mit einer bewundernswürdigen Zähigkeit und Ausdauer, die wohl kaum erwartet worden ist, führt das schwedische Proletariat diesen beispiellosen das gesamte Wirtschaftsleben erschütternden Riesenkampf. Nichts hat das Unternehmertum unversucht gelassen, die Arbeiter wankelmütig zu machen. Das öffentliche Leben Schwedens hat in diesen Tagen des grossen Kampfes eine Korruption erlebt wie nie zuvor. Die Lügen und Verdrehungen der bürgerlichen Presserzeugnisse Schwedens, soweit sie erscheinen, haben in dieser Beziehung ungeheueres geleistet. An diese Verrenkung der Tatsachen hat sich auch die schwedische Regierung beteiligt. Sie hat in dem offiziellen Staatsorgan eine offizielle Darstellung des Kampfes gegeben, in der sie sich bemühte, den Nachweis zu führen, dass es die Arbeiter sind, die den jetzigen Kampf durch ihre stetig gesteigerten Ansprüche und ihre sozialistische Feindschaft gegen das Unternehmertum verschuldet haben. Diese offizielle Darstellung der Regierung hat sich aber als eine verbandsoffizielle Drucksache des schwedischen Arbeitgebervereins entpuppt. Das ist so ziemlich das Ungeheuerlichste, das bisher in einem wirtschaftlichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit an Parteinahme einer Regierung für das Unternehmertum verzeichnet werden musste.

Die Regierung ist durch diese und viele andere offensichtlich gegen die Arbeiterschaft gerichteten Massnahmen als eine Institution im Dienste der Zentrale des schwedischen Arbeitgebervereins gebrandmarkt. Daher lehnte sie auch einstweilen noch jede Vermittlung ab, obgleich der von ihr eingesetzte offizielle Vermittler bereits am 19. August den Moment für eine solche als gegeben erachtete. Die Regierung aber liess seine Eingabe unberücksichtigt, eine Vermittlung erfolgte nicht. Diese Haltung der Regierung steht im schroffsten Gegensatz zu dem unter dem gleichen Ministerium in Kraft getretenen Gesetz, welches verlangt, dass nichts unversucht gelassen werden darf, um zu jeder Zeit eine Vermittlung in Arbeitskonflikten herbeizuführen.

Trotzdem werden die Bestrebungen nach einer Vermittlung durch die Regierung immer eifriger fortgesetzt. Am 4. September haben die Führer der liberalen Partei, die Reichstagsabgeordneten Staaß und Beckmann der Regierung eine Eingabe unterbreitet, in der das vermittelnde Eingreifen gefordert wird. Am Sonntage darauf haben eine Reihe grosser Versammlungen des Bürgertums stattgefunden, die diese Bemühungen kräftig unterstützen.

Der Gedankengang dieser Vermittlungsvorschläge ist folgender: Der Angriff der Arbeiter auf Staat und Gesellschaft sei durch die Einmütigkeit des Bürgertums zurückgeschlagen. Die Vertragsbrüche seien durch die öffentliche Meinung verurteilt. Daher könne und müsse jetzt die Vermittlung der Regierung angeboten werden. Diese solle den kämpfenden Parteien anheimstellen, entweder die Differenzen durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen oder durch gemeinsame Verhandlungen einen Vergleich herbeizuführen. Event. seien beide Wege in Vorschlag zu stellen.

Trotz des Unverständnisses dieser bürgerlichen Kreise gegenüber dem Zweck des Riesenstreiks und der in diesem zutage getretenen Solidaritätsmoral der Arbeiterklasse zeugt das Eingreifen der liberalen Partei davon, dass weitere Kreise der bürgerlichen Klasse nicht einverstanden sind mit dem vollständigen Herabsinken der Regierung zum Heloten der Organisationsleitung des Unternehmertums.

Die Regierung lehnt es aber auch jetzt ab, die Initiative zu einer Vermittlung zu ergreifen. Der Minister des Innern begründet diese Haltung damit, dass es sonst „den Anschein erwecken könnte, als hätten die Arbeiter in ihrem durch den Generalstreik gegen die bürgerliche Gesellschaft (!) aufgenommenen Kampf gesiegt“.

Diese „Begründung“ ist denn doch zu fadenscheinig. Das schwedische Unternehmertum, gegen das sich die Abwehraktion der Arbeiter ausschliesslich richtet, ist für die schwedische Regierung einfach „die bürgerliche Gesellschaft“. Die Regierung dokumentiert dadurch zum soundsovielten Male, dass sie nichts anderes ist als der Büttel der Handvoll von Unternehmern, die zurzeit die Leitung der Unternehmerrzentrale in Händen haben. Diese bilden aber nicht die „bürgerliche Gesellschaft“ Schwedens, dazu gehören zweifellos noch andere Schichten. Vor allem die von der liberalen Partei vertretenen, die heute die stärkste Partei der Zweiten Kammer bilden.

Einen bisher in Schweden seltenen Akt der Polizeiwillkür hat die Stockholmer Polizei verübt. Unser norwegischer Genosse Puntervold, der Korrespondent des „Sozialdemokraten“ in Kristiania, ist ohne Angabe von Gründen ausgewiesen worden.

„Herr Puntervold wurde ausgewiesen teils wegen seiner hier im Lande betriebenen Agitation, teils wegen der verzerren und lügenhaften Darstellungen über Schweden und schwedische Behörden im Zusammenhang mit dem Arbeiterkonflikt, die er in Korrespondenzen ausländischen Zeitungen lieferte.“ So lautet die Erklärung, die Zivilminister Graf Hamilton über die Gründe für die sonderbare und eines Kulturlandes gänzlich unwürdige Zwangsmassregel gegen unsern norwegischen Parteigenossen nun in die Welt gesetzt hat. Um eine schlechte Sache zu verteidigen, wird zu Verleumdungen gegriffen. Nicht genug damit, dass man den Norweger aus dem Lande treibt wie einen Verbrecher, man beschimpft ihn auch noch hinterher und wirft ihm bewusste Fälschung vor, bezichtigt ihn, lügenhafte Darstellungen geliefert zu haben.

Der „Schwedische Arbeiterverband“, eine kleine Sonderorganisation, hat einen Ausbruch aus der Grossstreiklinie beschlossen und zum Rückgang zur Arbeit am 23. August aufgefordert. Diesen verräterischen Rückgang hat ihm die Arbeitgebervereinigung durch das „Zugeständnis“ erleichtert, dass der Vorstand des Arbeiterverbandes für seine Mitglieder an den verschiedenen Orten gegenseitige Verpflichtungen, die Ausgesperrten oder deren Organisationen nicht mit Geld zu unterstützen, ausfertigt. In diesem Verpflichtungsschreiben soll bestätigt werden, wer Mitglied des Verbandes ist. Werden solche Verpflichtungen, sei es vom Zentralvorstand des Arbeiterverbandes

in Stockholm, sei es von einem Lokalvorstand des Verbandes ausgefertigt, so können die Verbandsmitglieder anfangen zu arbeiten.

Somit hat sich der „Schwedische Arbeiterverband“ in diesem grossen Kampfe, den er zuerst mitmachte, als eine sich dem Unternehmertum gänzlich verkaufende Streikbrecherorganisation gezeigt, mussten doch die Streikbrecher selbst auf das Recht verzichten, ihre eigenen noch ausgesperrten oder streikenden Verbandskollegen zu unterstützen.

Die amtliche Zählung konnte dadurch einen Rückgang der Zahl der „Arbeitslosen“ um 23 129 feststellen. Am 18. August soll die Zahl der Ausständigen 278 337 betragen haben und am 26. August 255 668.

In den letzten Tagen ist auch eine Wendung im Kampfe eingetreten. Die Streikleitung hat angeordnet, dass die Arbeit bei allen ausserhalb des schwedischen Arbeitgebervereins stehenden Unternehmern wieder aufgenommen wird, wodurch nur diejenige Unternehmerorganisation vom Kampfe betroffen werden würde, die ihn durch ihre Massenaussperrungen begonnen hat. Dadurch würden mehr als 100 000 Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, während 163 000 im Kampfe verbleiben würden.

Das bedeutet aber nach wie vor einen Riesenanstand des schwedischen Proletariats. Von 240 000 Organisierten bleiben 163 000 der wichtigsten Industriegruppen im Kampfe, entschlossen auszuharren, bis eine befriedigende Beilegung aller Differenzen mit der Gegenpartei erfolgen kann. Diese von der Streikleitung in Aussicht genommene Verschiebung auf dem Kampfesterrain ist vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt von grösstem Interesse. Sie kann nur dort vorgenommen werden, wo eine durchgreifende gewerkschaftliche Schulung der kämpfenden Arbeitermassen vorhanden ist. Auf die Aufforderung der Leitung hin sind sie alle in den Kampf gezogen; einmütig standen sie die ganzen fünf Wochen hindurch. Jetzt will die Leitung eventuell einen Teil in die Betriebe der an der Aussperrung unbeteiligten Unternehmergruppen schieben, der andere grössere Teil soll nach wie vor draussen bleiben.

Wenn also in den nächsten Tagen der schwedische Kampf mit einer neuen Kampfesfront fortgeführt wird, gilt es um so mehr für die Unterstützung dieser Kerntruppe Sorge zu tragen. Die Arbeiterschaft in Dänemark und Norwegen setzt ebenfalls mit neuem Eifer und neuer Opferwilligkeit die Sammlungen fort. Das ist um so notwendiger, als selbst nach Beendigung des Riesenkampfes grosse Summen zur Unterstützung der Opfer des Kampfes erforderlich sein werden. Die Unternehmer werden in einzelnen Fällen ihr Mütchen zu kühlen suchen an den Helden des wochenlangen Massenstreiks.

In Deutschland haben die Sammlungen für den Grossstreik in Schweden bisher 615 278,60 Mk. ergeben.

B. Abrechnung der Verbandskaffe.

a) Einnahmen.	
Eingeliefert von den Zahlstellen u. Gauen	53 090,77 Mk.
Zinsen aus angelegtem Kapital	266,90 "
Niedrigerer Kurs bei Kauf von Wertpapieren	465,— "
Höherer Kurs bei Auslösung von Wertpapieren	2,— "
Arbeitslosenunterstützung zurückerstattet	3,— "
Für Gesandbilder und -karten	7,— "
" Gesandbilder	23,67 "
" Tarife	28,80 "
" Wädgentarife	—,80 "
" Berliner Sonderarife	20,75 "
Porto zurückerstattet	26,40 "
Für Inserate in der Buchbinder-Zeitung	187,80 "
Abonnements a. d. Buchbind.-Ztg.	963,47 "
Porto zurückerstattet für	8,88 "
Summa	54 494,59 Mk.
b) Ausgaben.	
Gehälter der Verbandsbeamten und Hilfsarbeiter	2 926,— Mk.
Sitzungsgelder und Entschädigungen an Vorstandsmittglieder	132,— "
Entschädigung an die Revisoren	3,— "
Uebrig:	3 061,— Mk.

Abrechnung des Verbandes

vom 2. Quartal 1909.

A. Abrechnung

der Zahlstellen.

Main table with columns for 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenses). It lists various locations (e.g., Berlin, Hamburg, Leipzig) and their respective financial contributions and expenditures for the second quarter of 1909. The table is organized into two main sections: 'Einnahmen' on the left and 'Ausgaben' on the right, with a central column for 'Ausgaben des Verbandes'.

Table with columns: Name des Ortes, Bezirk der Mitglieder am Ende des Quartals, Bezirk der Neuzugänge, Einnahmen (für Eintrittsgelder, Beiträge, Sonstige Einnahmen, etc.), and Ausgaben (für Druck, für den Vorstand, etc.).

Table with columns: Name des Ortes, Bezirk der Mitglieder am Ende des Quartals, Bezirk der Neuzugänge, Einnahmen, and Ausgaben. Includes a section for 'C. Abrechnung der Bezirksleiter' with columns for 'Gen 10' and 'Gen 12'.

Table with columns: Name des Ortes, Bezirk der Mitglieder am Ende des Quartals, Bezirk der Neuzugänge, Einnahmen, and Ausgaben. Includes a section for 'C. Abrechnung der Bezirksleiter' with columns for 'Gen 10' and 'Gen 12'.

Eintrittsgelder wurden in der ersten Hälfte 102,57 Bf. entrichtet, in der zweiten 147 Bf. in der dritten 107 Bf. und in der vierten Hälfte 228 Bf. = 585,70 Bf.

Magdeburg. Am Sonnabend, den 21. August, hielt unsere Zahlstelle ihre regelmäßige Mitglieder-bergsammlung ab, die in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr gut besucht war. Das Referat über „Die wirtschaftliche Lage in unserem Beruf“ hatte Kollege Garder-Berlin übernommen und handelte es sich insbesondere darum, zu untersuchen, ob es notwendig und angängig sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Der Referent schilderte die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehnts und wies darauf hin, daß die zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Arbeitgeber getroffenen Vereinbarungen sich auch in den letzten beiden Jahren der wirtschaftlichen Krise bewährt haben, daß aber die fortgesetzte Steigerung der Preise für Lebensmittel und aller Bedarfsartikel von Zeit zu Zeit eine Erhöhung der Arbeitslöhne erforderten. Namentlich die zurzeit in Kraft tretenden neuen Steueretze, deren Lasten in vollem Umfange und weit darüber hinaus auf die Schultern der Arbeiterschaft abgelenkt wurden, zwingen dazu, auch unersetzlich weiter „abzuwälzen“, weil wir diese neuen Mehrausgaben bei den gegenwärtigen Löhnen einfach nicht zu tragen vermöchten.

Aus der von der Verwaltung aufgenommenen Statistik geht hervor, daß am Orte von 136 Gehilfen, deren Lohn festgesetzt werden konnte, 57 (also über ein Drittel) unter 24 Mk. pro Woche verdienen, während von 303 Arbeiterinnen 221 unter 10 Mk. und 114 davon sogar unter 9 Mk. pro Woche bekommen. Unter solchen Umständen erscheint eine Verbesserung absolut notwendig und wenn man berücksichtigt, daß wir auf eine Hochkonjunktur in absehbarer Zeit nicht rechnen können, daß aber der größte Tiefstand im wirtschaftlichen Leben überwunden und die gegenwärtigen Verhältnisse wohl als normale zu betrachten sind, erscheine es angebracht, jetzt mit einer Forderung auf Verbesserung der Lohnverhältnisse an die Arbeitgeber heranzutreten. In der Diskussion traten die Kollegen Lütcher und Herzberg den Ausführungen des Referenten bei und betonte letzterer namentlich die Notwendigkeit einer Verbesserung der in Magdeburg sehr niedrig stehenden Minimallohne. Folgende, von der Verwaltung vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, am 21. August, tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Magdeburg gibt der Heberzeugung Ausdruck, daß die zurzeit am Orte bestehenden Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen dringend der Verbesserung sowie einer einheitlichen Regelung bedürfen. Die ständig steigenden Preise aller Lebensbedürfnisse und insbesondere die durch die neuen Steueretze des Reichs bedingte weitere Steigerung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aus-

gaben lassen es absolut notwendig erscheinen, daß die Arbeitslöhne eine entsprechende Aufbesserung erfahren und daß namentlich die sehr niedrig stehenden Minimallohne für Arbeiter sowie für Arbeiterinnen in zeitgemäßer Weise erhöht werden. Dem Antrag der Verwaltung entsprechend, beschließt die Versammlung, demnächst mit diesbezüglichen Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten und beauftragt die Verwaltung, das dazu Erforderliche in die Wege zu leiten.“

Der Vorsitzende v. d. Neith und auch Kollege Garder ermahnten die Versammlung nochmals, nun aber auch mit allem Nachdruck für die beschlossene Lohnbewegung einzutreten und insbesondere alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zu dieser heranzuziehen, welcher Aufforderung seitens der Versammlung lebhaft zugestimmt wurde.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden noch einige Angelegenheiten lokalen Charakters besprochen und der Sympathie für die im Generalstreik stehenden schwedische Arbeiterschaft durch die Bewilligung von 25 Mk. aus der Lokalkasse Ausdruck gegeben.

Nürnberg-Gürth. Die Aussperrung bei der Firma H. E. Sebald, königlich bayerische Hofbuchdruckerei und Verlags-handlung, geht nunmehr in die 4. Woche. Bis Anfang der dritten Woche stellten sich Arbeitswille, trotz aller erdenklichen Mühe, nicht ein. Durch Insetat im „General-Anzeiger“ haben sich nun im Laufe der 3. Woche einige „nützliche“ Elemente eingefunden. Ein gewisser Bojer, der von Beruf Maler sein will, jedoch schon kurz zuvor in der Zelluloidfabrik von Wolff als Hausreißer tätig war, verlegte sein unsauberes Handwerk nach der Firma H. E. Sebald, weil ihm der dortige Boden zu heiß geworden war. Auch ein Buchbinder hat sich eingefunden, Karl Sinkel ist sein Name, der vor kaum 1 1/2 Jahren bei der Firma Sebald entlassen wurde, nach einer Tätigkeit von kaum einigen Tagen, weil er unbrauchbar in seiner Kunst war. Zwei weitere Helfer aus der Not haben sich eingefunden in Gestalt von Arbeitshäuslern. Diese sonst so berachteten und als Auswurf der Menschheit betrachteten Elemente wurden nun mit offenen Armen und herzlichem Willkommen empfangen, da sie den Aussperrten, gegen Verschlechterung ihrer keineswegs beneidenswerten Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kollegen und Kolleginnen meuchlings in den Rücken gefallen sind. Viel Freude hat die Firma allerdings noch nicht erlebt und wird sie auch durch dieses vierblättrige Kleeblatt nicht erleben. Ganze Berge verächtliches Papier, Drucksachen usw. wandern tagtäglich in den Papierkorb. Da könnten gewisse maßgebende Personen, im Interesse der Firma, ihre Tätigkeit darauf richten, den entstan-

nen Schaden zu notieren. Nach Feststellung dieses Schadens, der ganz ansehnliche Summen beträgt, wäre dann ein Vergleich anzustellen, was an Geschäftsgewinn zu verzeichnen wäre, wenn geübte Arbeitskräfte, wie die Aussperrten, im Betrieb tätig wären. Würde dann Herr Dr. jur. Sebald dieses Resultat unterbreitet werden, so dürften ihm wohl die Augen aufgehen und die bisher an den Tag gelegte Hartnäckigkeit einer besseren Einsicht weichen. Man muß sich wahrlich wundern, daß eine Firma, die sehr viel behördliche Aufträge hat — abgesehen von der christlichen Literatur, die im genannten Verlag erscheint —, statt berechtigten Wünschen einer Abteilung ihres Betriebes das nötige Verständnis entgegenzubringen, ihre Zuflucht zu solch fragwürdigen Elementen nimmt.

Für die Kolleginnen ist bis zur Stunde noch kein Ersatz zu finden gewesen und dürfte sich auch keiner finden lassen. Die Aussperrten werden sich aber auch nicht im geringsten durch die geschriebenen Hausreißer irre machen lassen. Da ja dieser Zustand auch für die Firma bald unerträglich werden dürfte.

Die Stimmung unter den Ausständigen ist nach wie vor eine vorzügliche, zumal für die 3. Woche eine ganz erhebliche Erhöhung der Streikunterstützung in Kraft getreten ist. Auch die verwandten Berufsgruppen, Buchdrucker und Hilfspersonal, sind absolut nicht gewillt, einen solchen Zustand ruhig mit anzusehen. Eine große Erbitterung macht sich unter diesen Kreisen bemerkbar.

Zugung von Buchbindern, Setzerinnen und Falzerinnen ist streng fernzuhalten!

Bekanntmachung der Zahlstelle Hamburg-Altona und Gau 6/7!

Das Bureau befindet sich vom 15. September dieses Jahres ab im „Gewerkschaftshaus“, Hamburg I, Wefsenbinderhof 57 II, Zimmer 17. Telephon Amt V, 8590.

Die Ortsverwaltung.
Der Gauvorstand. J. A.: Fr. Küster.

Briefkasten.

F. S. in R. Der zurückgesandte Bericht trug auch nach seiner Rückkehr nicht den Zahlstellenstempel. Sie wollen für die Zukunft denselben benutzen. — Fr. R. in S. Michaelis befindet sich in den Lungenheilstätten bei Beelitz i. Mark. Hilfe nur aus, bis die vorgezeichnete Erntekraft eintrifft. — Zurückgestellt sind: die Berichte vom Gau 9, Krefeld, Bremen, Hamburg-Altona, Heilbronn.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Regensburg.

Am 2. September starb nach längerem Leiden im Krankenhaus zu München unser treues Mitglied, die Kollegin

Therese Hornauer

im Alter von 80 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

(Unlieb verspätet!)

Unserem Kollegen **Wilhelm Holz** und seiner Braut **Johanna Bürger** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Gösn.

Konkurrenzlose Buchbinderei

mit gutgehendem Ladengeschäft in Altona Nähe Dresdens wegen Todesfall schnellstens zu verkaufen. Dazu gehört Haus (am Markt), Garten, Wiese und Feld. Kaufpreis 18500 Mk. Zur Übernahme erforderlich 13500 Mk. Nähere Auskunft erteilt **C. Schneider**, Leipzig-R., Mühlstraße 40 III.

Unseren lieben Kolleginnen
Anna Gernet und Hulda Kurt
anlässlich ihres 25-jährigen Geschäfts-Jubiläums die
herzlichsten Glückwünsche.
Das Personal der Firma **Böttcher & Bougartz**,
Leipzig.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Leipzig.
(Unlieb verspätet!)
Am 10. August verstarben unsere Mitglieder
Karl Friedrich Kante
aus Rouch, 58 Jahre alt;
Friedrich Emil Weimann
aus Brandis, 54 Jahre alt.
Die Ortsverwaltung.

Papiergeschäft i. Leipzig m. Arbeitsst. z. bezf. Nr. n. Aufn. (15—1800 Mk.) Miete 450 Mk. Anfr. an C. Klemm, Leipz., Eisenbahnstr. 36.

Verwaltungsstelle Hamburg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Entgegennahme der Beiträge vom 15. September 1909 ab im **Gewerkschaftshaus**, Zimmer Nr. 17, II. Etage, Sonnabends von 6—8 Uhr erfolgt.
Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger Ctuisarbeiter,

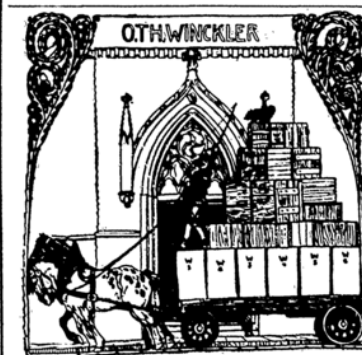
welcher alle vorkommenden Arbeiten selbständig machen kann, in dauernde Stellung gesucht.
W. Deyer & Berg, Ctuisfabrik, Kiel, Lerdjenstraße 22.

Tüchtiger Tischler,

flotter Arbeiter u. sauberer Polierer, auf Schaufenster-Etagen sofort bei hohem Lohn gesucht. Offerten unter **N. T. 18** an die Expedition dieses Blattes.

Im Schulhause

Eisenacherstraße 81, Berlin-Schöneberg, Laden mit Bohnung für Buchbinderei, Schulbuchhandlung usw. preiswert zu vermieten.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig